

Wolfswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polen 1/20 Zl. pro Zeile, für Anzeigen aus dem Ausland 1/15 Zl. pro Zeile, für Anzeigen aus dem Ausland 1/10 Zl. pro Zeile, für Anzeigen aus dem Ausland 1/5 Zl. pro Zeile.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 2. cr. 1,65 Zl., durch die Lok. bezogen monatlich 1,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptredaktionstelle, Ratowiz, Poststr. 29, durch die Filiale Königsberg, Kronprinzenstr. 6, sowie durch die Postanstalt.

Redaktion und Geschäftsstelle: Ratowiz, Poststr. 29 (ul. Kosciuszki 29), Postkassent. B. R. O., Filiale Ratowiz, 300174. — Fernsprechanlagen: Geschäftsstelle Ratowiz: Nr. 2007; für die Redaktion: Nr. 2004

Der Ministerrat zum Generalstreik

Einberufung eines Schiedsgerichts für den 17. Februar — Untersuchung über die Lage der Bergarbeiter — Die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung wird anerkannt — Die Pläne der Arbeitsgemeinschaft von der Regierung durchkreuzt

Warschau. Im Präsidium des Ministerrats fand gestern unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Sitzung statt, die sich mit der Kündigung des Abkommens der Bergarbeiter in Oberschlesien beschäftigte und zu der Gesamtlage in diesem Gebiet Stellung nahm. Die Regierung bedauert zunächst, daß die Gewerkschaften ihre früheren Abmachungen mit den Unternehmern nicht innehalten und schon am 1. Februar das bis zum 28. Februar gültige Abkommen kündigten. Solche Schritte müssen das Vertrauen zu den Arbeiterorganisationen einschränken, zumal der Kündigung die Androhung des Generalstreiks folgte und die Einsetzung eines Schiedsgerichts abgelehnt wurde. Die Regierung ist der Ansicht, daß vor der Entscheidung des Schiedsgerichts kein Generalstreik zur Anwendung kommen könne und schlägt ein solches Schiedsgericht für den 17. Februar vor, welches nicht eher tagen könne, bevor die Regierung nicht die Lage der Bergarbeiter überprüft habe. Die Regierung ist der Ansicht, daß den Bergarbeitern eine Zulage zugesichert werden könne, die indessen im Rahmen des für die Industrie Tragbaren sich halten müsse. Diesem Wunsche wird die Regie-

tung entsprechen und in diesem Sinne auf die Arbeitgeber einwirken. Die Regierung legt Wert darauf, daß in Zukunft die Vereinbarungen strikt innegehalten werden. Für den Fall eines Streiks vor der Entscheidung des Schiedsgerichts, sind umfassende Maßnahmen getroffen, um die Versorgung der Hütten, der Eisenbahn und der Städte mit Kohlen zu sichern.

Die Entscheidung der Regierung kommt reichlich spät und sie ist letzten Endes dem Wunsche der ober-schlesischen Arbeitgeber angepaßt. Trotzdem sind wir der Ansicht, daß die Arbeitsgemeinschaft ihren bisherigen Standpunkt auf Ausruhmung des Generalstreiks nicht revidieren müssen, um nicht den Anschein zu erwecken, als wenn es ihr nicht um die Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter ankomme, sondern auf eine politische Ausnutzung des Generalstreiks. Aber damit gibt sie ihre Forderungen noch nicht auf. Uebrigens wird ja der Betriebsratetage darüber zu entscheiden haben, der wohl jetzt unmittelbar einberufen werden muß, nachdem die Regierung die obige Entscheidung getroffen hat.



Der Volksvertreter im Gefängnis

Der französische Kommunist Marty, der lange Zeit Abgeordneter der Kammer war, wurde wiedergewählt. Da er sich zurzeit im Gefängnis befindet, wird er ermogt, ob er von dort für die Sitzungen beurlaubt werden soll.

Der Verfassungsentwurf des Regierungsblochs

Die geplante Verfassungsreform — Erweiterung der Macht des Staatspräsidenten — Einschränkung der Exekutivgewalt

Warschau. Am Mittwoch vormittag überreichten die Vertreter der Regierungsparteien dem Sejmarschall den Entwurf der neuen Staatsverwaltungsordnung, der vom Regierungsbloch einstimmig angenommen worden ist.

Der Entwurf geht von dem Volk als Träger der Souveränität aus. Oberster Grundsatz ist das Wohl des Staates. Die Nachbeschlüsse des Präsidenten werden erweitert. Er soll unter zwei Kandidaten auf dem Wege der allgemeinen Volksabstimmung auf sieben Jahre gewählt werden. Einer der Kandidaten soll vom zurücktretenden Präsidenten bestimmen, der andere vom Sejm und Senat in einem gemeinsamen Wahlgang gewählt werden. An der Volksabstimmung sollen sich alle Staatsbürger vom 21. Lebensjahre an beteiligen. Der Staatspräsident soll durch den Ministerpräsidenten und nicht wie bisher durch den Sejmarschall vertreten werden. Die Rechte des Staatspräsidenten, dem Parlament gegenüber, werden dahin erweitert, daß er sowohl den

Sejm wie den Senat vor Ablauf der Legislaturperiode nach eigenem Ermessen auflösen kann. Ferner soll dem Staatspräsidenten das Recht der gesetzgebenden Initiative sowie das Einspruchsrecht eingeräumt werden. Auch in bezug auf Sejm und Senat sieht der neue Verfassungsentwurf durchgreifende Änderungen vor. So soll das aktive Wahlalter auf 24 Jahre und das passive auf 30 erhöht werden. Die Immunität der Abgeordneten soll eingeschränkt werden. Jeder Abgeordnete kann demnach auf Grund seiner nicht direkt mit der Ausübung des Mandats in Verbindung stehenden Tätigkeit zur gerichtlichen bzw. administrativen Verantwortung gezogen werden.

Das Ministerratskabinett soll dem Sejm und dem Ministerpräsidenten gegenüber verantwortlich sein. Der Sejm soll das Recht haben, den Rücktritt der Regierung oder eines Ministers auf Grund eines mit ein Viertel aller Unterschriften versehenen Antrages zu fordern.

Der Osteuropapakt

Wenn in letzter Stunde keine Ueberraschung eintritt, so wird am 8. Februar in Moskau der Kriegsschlichtungspakt zwischen Polen, Rußland und Rumänien unterzeichnet, nachdem Polen in den letzten Notennoten die Bereitschaft hierzu erklärt hat. Man muß sagen, daß der Vorschlag Moskaus einigermaßen verwundern mußte, da die Eile, mit der man auf Unterzeichnung eines Sonderprotokolls zum Kelloggspakt drängte, höchst verdächtig kam. Polen verfuhr erst die ganze Sache auf lange Sicht zu verschieben, mit der Begründung, daß man erst abwarten müsse, wie sich die übrigen Mächte hierzu verhalten werden. Gleichzeitig legte man in Warschau den diplomatischen Apparat in Bewegung, um zu der Unterzeichnung nicht nur Rumänien, sondern auch Estland und Lettland einzubeziehen, nachdem Litauen den russischen Vorschlag ohne Einschränkung annahm. Polen verwies darauf, daß bei der Unterzeichnung Rumänien, der Bündnisbruder fehle und aus diesem Grunde der Moskauer Eile nicht entsprechen werden kann. Im Verlauf des Notenwechsels, der alles andere nur sehr wenig friedlich gestimmt war, klärte sich die Situation soweit, daß schließlich Rumänien, Polen und Rußland unterzeichnen werden, Estland und Lettland die Unterzeichnung auf einen späteren Termin verlegen. Die Pläne, die man nur in Warschau hatte, sind nicht zustande gekommen, während Rußlands Ziel nur teilweise erreicht ist.

Wer die russische Außenpolitik aufmerksam verfolgt, der wird zugeben müssen, daß ihr eine friedliche Tendenz nicht zu verkennen ist. Allerdings stimmt sie sehr wenig mit den Gewohnheiten überein, die seine Heerführer bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck bringen, daß Rußland gesteuert werden müsse. Da nun Polen und Rumänien zum Teil die gleichen Töne erklingen lassen, so war das Moskauer Angebot sofort ein Sonderprotokoll zum Kelloggspakt zu unterzeichnen und zwar noch bevor die Signatarmächte diesen Pakt ratifiziert haben, höchst verdächtig. Und doch ist der Vorschlag Moskaus ernst zu nehmen, da bekannt ist, daß die russischen Staatsmänner ihre These von der Weltrevolution aufgegeben haben, damit in der Außenpolitik einen Pazifismus pflegen, der nach den früheren Erfahrungen unbegrifflich ist. Rußland braucht zu seiner inneren Konsolidierung der friedlichen Entwicklung und hat die passende Gelegenheit ergriffen, um erst einmal seinen stärksten Rivalen zu binden. Dies scheint von Erfolg zu sein. Die russischen Staatsmänner haben ja gelegentlich der kommunistischen Kongresse offen erklärt, daß mit einer weltrevolutionären Entwicklung zunächst auf lange Zeit nicht zu rechnen sei und darum der Kommunismus andere Mittel anwenden müsse, um Rußlands Entwicklung zu sichern. Eine dieser Sicherungen ist nun der Kriegsschlichtungspakt, beziehungsweise das Sonderprotokoll,

Der Geim für die Grenzsicherung

Deutschland, die große Gefahr — Jaleski schweigt

Warschau. Am Mittwoch in den späten Abendstunden wurde im Sejm über den Antrag der polnischen nationalen Parteien über Sicherheitsmaßnahmen angesichts der bevorstehenden Rheinlandsräumung verhandelt. Der Antrag wurde von dem nationaldemokratischen Abgeordneten Stranski in längerer Rede begründet. Er suchte die angebliche große Gefahr, die Polen von Deutschland drohe, in den greifsten Farben zu schildern. In dem Antrag wird die polnische Regierung aufgefordert, bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Rheinlandsräumung alle möglichen Schritte zu unternehmen und im Sinne der Artikel 431 und 129 des Versailler Vertrages Polens Grenze gegen Deutschland zu sichern. Bemerkenswert ist, daß diesem Redner nicht nur die nationalen Parteien, sondern auch der Regierungsbloch reichen Beifall spendeten. Außenminister Jaleski, der während der Aussprache anwesend war, hat das Wort nicht ergriffen. Der Antrag wurde schließlich nach der bereits früher bekannt gewordenen Fassung mit nur ganz geringen redaktionellen Änderungen der Kommission angenommen.

unterzeichneten, abzulehnen. In Zukunft sollten die Rechte und Bestimmungen über die Minderheiten von allen Mächten, ob groß oder klein, in der gleichen Weise beachtet werden.

Weitere Verhaftungen in Spanien

Madrid. In Verbindung mit den letzten Unruhen sind einige weitere Personen verhaftet worden, unter ihnen General Aguilera. Außerdem ist der inzwischen abgesetzte Militärgouverneur von Valencia, General Chirio Oriona, wegen ordnungswidrigen Verhaltens zur Verfügung des Untersuchungsrichters gestellt worden. Er ist schließlich in die ganze Angelegenheit verwickelt. Der geistige Urheber des Aufstandes, der frühere Ministerpräsident Sanchez Guerra, ist aus dem Militärgefängnis in Valencia an Bord des Dampfers „Canalejas“ überführt worden, da das Gefängnis keine geeigneten Räume für die Unterbringung einer Persönlichkeit wie Sanchez Guerra besitzt. Seine Geizung hat und der Zwischenfall, daß der Gefangene durch die ausströmenden Gase eines in seinem Zimmer aufgestellten Kohlenbedens beinahe erstickt wäre, der Regierung äußerst unangenehm war. In Spanien herrscht sonst vollständige Ruhe.

Brandherd Mexiko

Ein englischer Maler ermordet?

London. Nach Meldungen aus El Paso in Texas ist der englische Maler George White in Chihuahua von Räubern ermordet worden. Einzelheiten fehlen noch. Der britische Gesandte in Mexiko hat beim mexikanischen Innenminister eine genaue Untersuchung und Bestrafung der Mörder verlangt.

Polen und der Minderheitenantrag

Meinungsaustausch zwischen Warschau und den drei Mächten der Kleinen Entente.

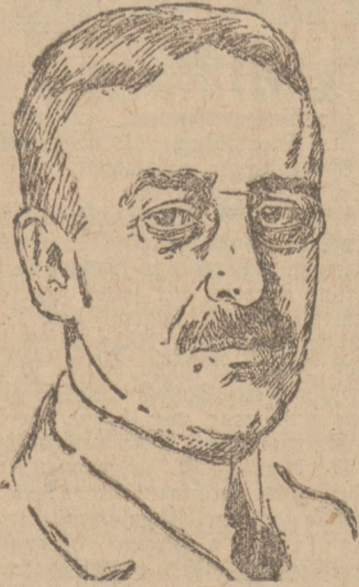
London. Die Berlin im „Daily Telegraph“ berichtet, soll in Kürze zwischen Polen und den drei Mächten der Kleinen Entente ein Meinungsaustausch über die Frage der Rechte der Minderheiten beginnen. Die Anregung zu diesem Meinungsaustausch geht von dem deutschen Schritt in der Minderheitenfrage aus. Polen und die Mächte der Kleinen Entente beschäftigen, jede Ausdehnung ihrer Verpflichtungen unter der besonderen Minderheitenklausel, die sie im Jahre 1919

welches am 8. Februar in Moskau unterzeichnet werden soll.

Aber der Plan hat jetzt eine ganz andere Form erlangt. Man war bestrebt, wenigstens von Warschau aus, die Sache hinauszuschieben, erst eine Konferenz der Osteuropastaaten zusammen zu bringen, dann abzuwarten, was die Großmächte tun werden und so Zeit zu gewinnen. In Buzarek, wo man ernsthaftere Gegenstände mit Moskau hat, hatte man es eiliger und drängte auf Warschau, die Unterzeichnung nicht soweit hinauszuschieben, da durch den Osteuropapakt die bessarabische Frage zunächst gesichert erscheine, Rußlands Aggressivität gegen Rumänien eingengt werden wird. Dies ist nun gelungen, aber dafür scheiden zunächst Estland und Lettland aus, welche Polen so gern am Unterzeichnungstisch sitzen hätte. Damit ist aber auch der Segonomieplan Warschauer für Osteuropa zu Ende geträumt und die Fürsorge, die Polen seinen baltischen Nachbarn hat im Laufe des Notenwechsels angedeutet lassen, verstimmt in Riga und Reval ziemlich entschieden, so daß noch mit gewissen Nachwirkungen zu rechnen sein wird. Bekanntlich war es immer das Bestreben Polens die Führung in Osteuropa gegen Rußland zu übernehmen. Die baltischen Staaten haben sich einer solchen Bevormundung immer widersetzt und man muß sagen, daß die russische Diplomatie in erster Linie diese Pläne durchkreuzt hat. Betrachtet man so alle Erscheinungen, die die heutige Entwicklung kennzeichnen, so ist eigentlich mit der Unterzeichnung des Sonderprotokolls eigentlich noch nichts erreicht, wenn den Unterzeichnern nicht die guten Absichten folgen.

Aber mit der Unterzeichnung des Protokolls ist zweifellos ein Schritt vorwärts getan zur Pazifizierung des Ostens, der gerade durch die Absichten Englands, Rußland vom Westen unter Polens Führung abzusperren, durchbrochen werden sollte, vollzogen und wird auch auf die anderen Staaten ernüchternd wirken. Polen hatte bestimmt seine Schwierigkeiten, den guten Freunden in London und Paris begreiflich zu machen, daß man das Moskauer Angebot nicht auf die lange Bank schieben kann und ihm Gelegenheit zur antipolnischen Propaganda zu bieten. Denn die Verzögerung in Warschau wurde in Moskau mit außergewöhnlicher Fähigkeit ausgenutzt, um zu beweisen, daß es Polen an einer friedlichen Entwicklung nichts liege. Wie immer wir uns zu den Tendenzen der polnischen Außenpolitik stellen, auch sie trägt die Absichten des Friedenswillens, wenn man auch die diktatorischen Geste mancher Generale wenig mit den Ausführungen des Außenministers übereinstimmen. Aber Polen hat den Frieden mindestens so notwendig, wie Rußland und Rumänien ist in diesem Falle ein getreuer Basill Warschauer und hat das allergrößte Interesse daran, mit Moskau seine Gegensätze wenigstens teilweise zu ebnet. Aber immer wieder sei betont, daß es die Unterzeichnung allein noch nicht ausmacht, daß erst die wirtschaftliche Bindung zwischen den unterzeichnenden Staaten sein wird, die das Werk krönen kann. Und hier sieht es zunächst noch ziemlich dunkel aus.

Durch die letzte Bereitwilligkeit Polens, die Unterzeichnung auch einzeln zu vollziehen, hat es wesentlich zur Konsolidierung beigetragen. Wenn man berücksichtigt, daß der von Rußland bereits vor Jahren vorgeschlagene Nichtangriffspakt nicht zustande kommen konnte und auch die ersten Antwortnoten an Moskau die Verzögerung deutlich zum Ausdruck brachten, obgleich die grundsätzliche Bereitschaft immer unterzeichnet wurde, so kann die nun zu vollziehende Unterzeichnung nur begrüßt werden. Rußlands stärkster Nachbar, Polen und Rumänien unterzeichnen das Sonderprotokoll, Lettland und Estland werden folgen und Litauen hat von vornherein sich Moskau angeschlossen und damit den Willen kundgetan, daß es in der Wilnafrage zunächst nicht zum Störfrieden Osteuropas wird. Damit hat es zwar auf Wilna noch nicht verzichtet, aber durch das Sonderprotokoll mit Moskau und nach dem Beitreten Rumäniens und Polens, doch zum Ausdruck gebracht, daß die Kriegsängstung auch für Romo eine Realität werden soll. Viel würde die Unterzeichnung dazu beitragen, jetzt auch an die Lösung der anderen noch kritischen Probleme heranzutreten, die sich aus der Gesamtlage Osteuropas ergeben. Aber vergessen wir nicht, daß mit Ausnahme Rumäniens, die Unterzeichner alle Diktaturen sind und ihre Absichten in den demokratischen Ländern, besonders im Westen auf wenig Vertrauen stoßen. Auch hier gehen Demokratie und Frieden in einer Linie und will man den Frieden nach Außen wahren, so ist es mindestens Grundvoraussetzung, daß man ihn auch im Innern durchführt. Das sollten die polnischen Staatsmänner bei der großen Friedensgeste bei der Unterzeichnung nicht vergessen. Frieden nach Außen und Innen allein gewährleistet die ruhige und sichere Entwicklung des polnischen Staatswesens. —II.



Der neue amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen

wird Stimson, der Gouverneur der Philippinen, sein, dem der künftige Präsident Hoover diesen Posten angeboten hat. Stimson war 1911—1913 Kriegsminister und regiert seit 1927 die Philippinen. In dieser Eigenschaft verfügt er über eine Machtfülle, die nur mit der des Vizekönigs von Indien verglichen werden kann.

Das Reichstabinett tritt nicht zurück

Der Entschluß der Sozialdemokraten — Das Ultimatum des Zentrums — Guérard zurückgetreten

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Mittwoch abend nach der Plenarsitzung zu einer Fraktions-sitzung zusammen, in der man sich mit der durch den Rücktritt des Ministers von Guérard geschaffenen politischen Lage beschäftigte. In der Fraktion bestand Einmütigkeit darüber, daß durch den Rücktritt des Ministers von Guérard für das Kabinett Folgen nicht entstehen und daß der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts im Amt bleiben.

Das Ultimatum des Zentrum

Berlin. Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat am Mittwoch, nachdem der Fraktionsvorstand und der geschäftsführende Parteivorstand in mehrtägigen Besprechungen zu dem Vorschlag des Reichskanzlers Müller Stellung genommen hatten, zu einer Sitzung zusammen. Nach eingehender Besprechung kam die Fraktion zu folgendem Ergebnis:

1. Der Vorschlag des Reichskanzlers Müller und der an der Besprechung mit ihm teilgenommenen Minister stellt eine Berichtigung der früheren Vorschläge dar und ist für das Zentrum unannehmbar.
2. Eine Gleichzeitigkeit der Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen lehnt die Zentrumsfraktion des Reichstages im Augenblick aus zwingenden sachlichen Gründen ab. Die drei Minister, die das Zentrum im Reich für sich in Anspruch nimmt, sind umgehend zu bestellen.
3. Unter der Voraussetzung der Erfüllung des Punktes zwei ist der Parteivorstand, Abg. Kaas bereit, die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages zu bitten, der deutschen Volkspartei zwei Sitze im Kabinett zuzugestehen. Wenn diese Verhandlungen nicht noch am Mittwoch abend bis 10 Uhr zum Erfolg führen, wird der Reichsverkehrsminister von Guérard von der Zentrumsfraktion aus der Reichsregierung zurückgezogen werden.

Ozeanflieger v. Hünefeld †

Am Abend des 5. Februar starb in Berlin der Ozeanflieger Günther Freiherr v. Hünefeld im Alter von 36 Jahren nach einer Operation seines langjährigen Magenleidens.



Der stolzeste Augenblick seines Lebens

Der Empfang in Amerika (links Hauptmann Köhl und Fräulein Junkers, die Tochter des Konstrukteurs der „Bremen“ — rechts Major Fitzmaurice).

Freiherr v. Hünefeld

Die Kommunisten legen im Reichstag eine Granate nieder

Berlin. Im Reichstag gedachte heute zu Beginn der Sitzung Präsident Loebe der Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar, die heute vor zehn Jahren erfolgte. Bei der zweiten Beratung des Kelloggpatents kam es dann zu einem Zwischenfall, der von den Kommunisten verursacht wurde. Diese drangen unter großem Lärm während der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Breitheidt zum Tisch des Hauses vor und legten dort mit großem Krach eine Granate nieder. Dabei rief einer von ihnen: „Nieder mit dem Krieg!“ Die anderen stimmten ein. Es entstand ein großes Durcheinander. Der Präsident veranlaßte schließlich die Räumung des Tisches. Die Kommunisten nahmen die Granate wieder an sich.

Neue Zusammenstöße in Bombay

Fünf Tote und 300 Verwundete in Colombo.

London. In Bombay ist es am Mittwoch zu weiteren Zusammenstößen gekommen. Die Truppen feuerten in die Menge hinein. Sechs Personen wurden verletzt. Die Ausschreitungen, die sich ursprünglich nur gegen die Pathans richteten, haben auch zu neuen Feindseligkeiten zwischen Moslems und Hindus geführt.

Die Zahl der Toten bei den Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei in Colombo ist nach weiteren Meldungen auf fünf gestiegen. Die der Verletzten wird mit 300 angegeben. Die hohe Zahl der Verletzten erklärt sich dadurch, daß die Truppen auf die dichten Menschenansammlungen schossen, aber ausdrücklich Anweisung hatten, unterhalb des Knies zu zielen.

Am Trotkis Wajl

Berlin. Den Blättern zufolge hat Reichstagspräsident Loebe am Mittwoch anlässlich seiner Erinnerung an die vor 10 Jahren in Weimar eröffnete deutsche Nationalversammlung im Reichstagsplenum in einer Polemik gegen Rechts und gegen die Kommunisten u. a. erklärt, vielleicht kämen wir sogar dazu, Herrn Trotski das freiherrliche Wajl zu geben. In parlamentarischen Kreisen hat man dieser Erklärung als den Wunsch der S. P. D. ausgedeutet, daß die Reichsregierung einem an sie gerichteten Wunsch Trotskis, in Deutschland Wohnung zu nehmen, Folge leisten möge.

Ein Autobus im Eis eingebrochen

12 Personen ertrunken.

Kopenhagen. Nach Meldungen aus Helsingfors ist auf dem Eise des finnischen Meerbusens ein mit 12 Personen besetzter Autobus eingebrochen. Alle Insassen sind umgekommen. Aus der finnischen Provinz wird gemeldet, daß zahlreiche Personen ertrunken sind. Bei Tavastehus wurden am Dienstag abend 47 Grad Kälte gemessen. Das Quecksilber gesteht nunmehr in den Thermometern.

Paris ohne Licht

Paris. Der größte Teil der Stadt Paris wurde am Mittwoch vormittag um 9 1/2 Uhr infolge eines Kurzschlusses des elektrischen Stromes beraubt. Der Zwischenfall hat sich in dem Elektrizitätswerk von St. Ouen zugezogen, wo Hochspannungs-

kabel in einer unterirdischen Leitung in Brand gerieten. Dichte Rauchwolken stiegen auf und hinderten die Feuerwehr mehrere Stunden lang in die Kabelleitungen einzudringen. Unglücklicherweise herrschte dichter Nebel in der Stadt, so daß sich die Störung trotz der Tageszeit in den 14 betroffenen Stadtteilen besonders unangenehm bemerkbar machte. Auch in den Abendstunden waren die Leitungen noch nicht in Ordnung gebracht, so daß man sich durch Abnahme von Strom aus anderen Linien für die lebenswichtigen Betriebe behelfen mußte. Ueber die Ursache der Störung sind die mannigfaltigsten Gerüchte im Umlauf, von denen das folgende festgehalten zu werden verdient. Danach soll die Verdunkelung der Stadt Paris ein Werk der Kommunisten sein, die angesichts der am Donnerstag in der Kammer zu beratenden Gültigkeitserklärung des Mandates ihres Gefangenengenossen Marty ein kleines Zeichen ihrer Machtprobe geben und die Kammer einschüchtern wollten.

Parler Gilbert bei Poiree

Berlin. Berliner Blätter melden aus Paris: Ministerpräsident Poiree hatte Mittwoch nachmittag eine lange Besprechung mit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parler Gilbert.

De Valera im Hungerstreik

Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Belfast ist der in Haft befindliche Zentralführer de Valera in den Hungerstreik getreten.

London. Die Verhaftung de Valeras, die am Dienstag in Coraghwood erfolgte, wird damit begründet, daß der Führer der irischen republikanischen Partei irisches Gebiet betrat, obwohl ihm dies seit langem verboten ist. Die Aufhebung dieses Verbotes wird von den Anhängern de Valeras seit langem verlangt, da er inzwischen den Treueid leistete und Führer der parlamentarischen Opposition im nordirischen Parlament sei.



De Valera

Polnisch-Schlesien

Späte Erkenntnis...

Im Warschauer Sejm hat der Abgeordnete und Bürgermeister, Herr Grzesil, der erst nachdem er zur Sanacja über-

„Mit den Deutschen“, sagte dieser tüchtige Herr, „werde man sich schon Rat wissen. Selbst wenn ihnen die Herren Korfantyn und Rogusczak gut bezahlte Dienste leisten.“

Uns interessiert heute mehr die nehmütige Betrachtung des „Oberschlesischen Kuriers“, die er gestern dem Herrn Grzesil widmete. „Er hat sein wahres Gesicht gezeigt“ — schreibt das fromme Blatt u. a. und möchte am liebsten ob dieser Feststellung in Tränen ausbrechen.

Achtung, Betriebsräte!

Der für Freitag, den 8. Februar angekündigte Betriebsratskongress findet erst am 10. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr im Sudzark Kattowitz (Restaurant Kozlik) statt.

Die Westmärkler können sich nicht beruhigen

Die so heftig vom Westmarkenverein und Aufständischenverband erwünschte Ausweisung bzw. Entlassung aller deutschen Ingenieure und Direktoren aus der ober-schlesischen Schwerindustrie ist vorläufig in weite Ferne gerückt, nachdem der Schlesische Sejm mit großer Majorität den bekannten Janiski-Antrag ablehnte.

Schließlich wird kategorisch die Ausweisung der deutschen Direktoren und Ingenieure gefordert, Auflösung des Volksbundes, der eine Abteilung des deutschen Auswärtigen Amtes sein soll und nur gegen die Interessen des polnischen Staates arbeitet.

Er will die Häuer aus Kongreßpolen holen

Zuerst kamen die Beamten und besetzten alle einträglichen Posten in Polnisch-Oberschlesien, nicht nur alle Staatsposten, aber auch die einträglichen Posten in der Schwerindustrie und im Handel.

Auf der Myslowitzgrube steht der polnische Ingenieur Dubel in einem Kampf mit den Häufern. Über diesen Kampf haben wir schon berichtet. Herr Dubel beobachtet zu gern die Bergarbeiter aus irgend einem Schupswinkel. Sieht er, daß der Häuer nicht nach seiner Anweisung Bohrungen ausführt, so spricht er aus seinem Bestick heraus und bestrahlt die Arbeiter. Die Häuer degradieren er zu Schläppern und läßt sie Kollernwagen schieben.

Aufruf der Arbeitsgemeinschaft an die Bergarbeiter

Das ewig hungrige, nichtgesättigte Kapital, nuzte in unerhörter Weise die herrschende Weltkohlen-Krisis im Bergbau, speziell in Polen, aus

Der Beruf des Bergmannes, ehemals so hoch bevorzugt von anderen Arbeiterschichten, ist auf die letzte Stelle niedergestiegen. Den Bergarbeiter verachten heute alle, nicht ausgeschlossen die, die die volle Verantwortung für das Los des Staates übernehmen. Der Bergarbeiter, — der ehemalige Stolz jeder kulturellen Gesellschaft, leidet in hohem Grade unter der Pein der Ausbeutung, trotzdem er jeden Tag das Totenhemd anzieht.

Im Vergleich zum Strafenkehrer um 25 Prozent niedriger. Die Arbeitsdauer des Bergmannes, eingerechnet die Ein- und Ausfahrt, ist ebenfalls länger als aller benannten Arbeiterkategorien. Alle Berufe der physischen Arbeiter nützen den Vorteil der Gesetzgebung für den Schutz der Arbeit (Wohlfundentag) aus, ausgeschlossen ist nur der Bergarbeiter.

In Anbetracht der unerhörten Ausbeutung und niedrigen Lohnniveaus lebt der polnische Bergarbeiter schlimmer wie ein mittelalterlicher Sklave. Es ist statistisch festgestellt, daß der polnische Bergarbeiter nach zwanzigjähriger Arbeitszeit physisch überhaupt nicht mehr zu irgend welcher Arbeit fähig ist.

Auf der einen Seite Pracht, königliche Gehälter, Verschwendung und mit vollen Händen Gelbtausgaben und auf der anderen Seite Sklavenarbeit, Hunger und Not.

So sieht in Wirklichkeit die allgemeine Gerechtigkeit und die christliche Liebe aus. Die Herren des Kapitals sollen nicht vergessen, daß der Bergarbeiter ebenfalls nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist und leben will wie ein Mensch.

In Anbetracht dieses Sachverhalts gibt es keinen anderen Ausweg, als wie den aufgezwungenen Kampf einzunehmen, denn das Maß der Geduld ist überlaufen. Die gestellten Forderungen der Arbeitsgemeinschaft sind so minimal, daß die Erfüllung derselben im Wirtschaftsleben gar keine Erschütterung bringt, trotz alledem hat der Arbeitgeberverband, gestützt durch Regierungsfaktoren, leichtsinnig die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt, motivierend das damit, daß die Teuerung nur um 20 Prozent gestiegen ist und die Löhne im letzten Jahre um 60 Prozent erhöht wurden!

Dasselbe behauptet auch die „Polsta Zachodnia“, Regierungsorgan, die höchstwahrscheinlich aus geheimen Fonds der Gruben- und Hüttenbesitzer bezahlt wird.

Bergarbeiter! Wir fragen Euch, ist das wahr, was der Arbeitgeberverband und die „Polsta Zachodnia“ behauptet?! Es kann nur eine Antwort geben: Lüge, gemeine Lüge der Arbeitgeber und der „Polsta Zachodnia“.

Bergarbeiter! Arbeiter des ober-schlesischen Reviers, des Dombrowaer-Krausauer Reviers! Wer da will Gerechtigkeit in Punkt Arbeit und Lohn, — wer da will, daß die Löhne des polnischen Bergarbeiters annähernd die gleichen wären wie in Deutschland, Belgien, Frankreich und England, — wer da will, daß für den Bergarbeiter unter Tage der Siebenstundentag mit Ein- und Ausfahrt und für die Arbeiter über Tage der Wohlfundentag verbindlich wird, — wer da im allgemeinen will die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft, die auf dem ersten und zweiten Kongreß der Betriebsräte am 14. und 25. Januar 1929 gestellt wurden, unterstützen, der muß solidarisch am 10. Februar 1929 die Arbeit niederlegen.

Der Streik wird so lange dauern, bis der hochmütige, habgierige Kapitalist die berechtigten Forderungen der Arbeitsgemeinschaft berücksichtigt. Der Generalstreik ist ein unnachgiebiger Streik, kein Rad darf sich drehen.

Bergarbeiter! Wenn unter Euch schwache Elemente (Streikbrecher) wären, so ist mit ihnen so zu verfahren, wie das eure Väter vor 40 Jahren im ersten Streik in Deutschland getan haben. Der Sieg von 1889 muß auch der Sieg von 1929 sein.

Es lebe der Generalstreik! Es lebe die Solidarität des polnischen Bergarbeiters und sein Sieg!

Zum siegreichen Kampf rufen wir Euch auf, Bergarbeiter!

Hört nicht auf Ohrenbläser und Leute, die bösen Willens sind, führt nur die Befehle Eurer im Kampf erprobten Führer, wenn Ihr das tut, ist der Sieg sicher.

- Glied auf!
Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiter-Verbände.
Bergarbeiterverband.
(-) Nietzsch.
Polnische Berufsvereinigung.
(-) Grajel.
Christliche Gewerkschaften.
(-) Jankowski.
J. J. B.
(-) Rubin.

Die Dienstanbieter in Scharley

Von der Giesche Spolka Alcinja erhalten wir nachstehende Berichtigung:

In Ihrem Artikel „Die Dienstanbieter in Scharley“ vom 30. Januar 1929 sind Tatsachen enthalten, die der Wahrheit nicht entsprechen.

- 1. Herr Hütkelinspektor Bimler ist in Goblustahütte geboren, also aus Oberschlesien und nicht aus Soraken.
2. Herr Hütkelinspektor Bimler ist nicht auf Veranlassung einer Behörde entlassen worden, sondern hat einen Erholungsurlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit angetreten.

Eine blutige Einbecherungsfeier

Die Aufständischengruppe Chropaczow, Richtung Kornke, veranstaltete für ihre Mitglieder eine Einbecherungsfeier, die am vergangenen Sonnabend in der Turnhalle stattfand. Es soll dabei ziemlich üppig zugegangen sein, denn an milden Gaben seitens der Bürgerchaft hatte es nicht gefehlt.

Der Vorstand der Gruppe glaubte, da er die meiste Arbeit mit der Einbecherung hatte, sich umsonst an Bier und Schnaps zu erlauben, was er auch reichlich tat. Das gefiel jedoch nicht den Nicht-Vorstandsmitgliedern und im Nu, die Geißer waren schon hell alkoholisiert, war eine schöne Keilerei im Gange.

Kattowitz und Umgebung

Deutscher Volksbund. — Bezirksvereinigung Kattowitz. Wir bitten unsere Mitglieder, die für das Jahr 1929 fertiggestellten Mitgliedskarten in unserer Geschäftsstelle Kattowitz, ul. Minasta 23, 1. Stock, abholen zu wollen.

Verlegte Zahlstelle der Krankenkasse. Die Ein- und Auszahlungskasse bei der Filiale der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Kattowitz, welche sich bis dahin im Gemeindepital in Chorzow befand, ist nach dem dortigen Gemeindehaus ab 1. Februar verlegt worden.

Wichtig für Arbeitslose. Das Arbeitsnachweismamt in Kattowitz weist darauf hin, daß alle diejenigen Erwerbslosen, die irgendeine Beschäftigung ohne Vermittlung des Amtes aufnehmen, verpflichtet sind, die Abmeldung zwecks Streichung aus der Eidenz des Arbeitsvermittlungsamtes vorzunehmen.

Einschränkung der Lehrlingsanzahl. In den einzelnen Handwerkszweigen wird eine Einschränkung der für die Ausbildung vorgesehenen Lehrlinge beabsichtigt. Eine entsprechende Gesetzesvorlage liegt beim Arbeitsministerium in Warschau vor.

